

Übungsaufgabe zur Vorbereitung auf die Laufbahnprüfung des mittleren Zolldienstes

– Prüfungsgebiet Vollzugsrecht (VZR) –

Bearbeitungszeit: 3 Stunden (180 Minuten)
Hilfsmittel: E-VSF; elektronische Vorschriftensammlung
„Vollzugsrecht“ (VS-VZR)

A. Sachverhalt

Teil I

In einer regionalen Zeitung lesen Sie heute folgenden Artikel:

Zollkontrolle – 60 000 Zigaretten in Schmuggler-Auto

„In wirklich jedem Hohlraum des Autos waren Zigaretten-schachteln versteckt. Sogar in der Innenverkleidung und unter dem Rücksitz stießen die Fahnder auf Zigarettenpackungen.“

Bedienstete des Hauptzollamts Dortmund (Kontrolleinheit Verkehrswege) fanden gestern bei einer Kontrolle des aus Richtung Osten kommenden Verkehrs auf der Tank- und Rastanlage Niedergassel an der A2 bei Bielefeld mehr als 60 000 Zigaretten in einem Auto aus Polen.

Mithilfe einer mobilen Röntgenanlage auf einem in der Nähe der Autobahn gelegenen Parkplatz durchleuchteten die Beamten das Fahrzeug. Die Bilder bestätigten schnell den Verdacht der Zöllner: Das Auto war vollgestopft mit Zigaretten!

Beim Abnehmen der Türinnenverkleidungen fielen den Zöllnern stangenweise Zigaretten entgegen. Unter dem Rücksitz wurde sogar der Schaumstoff entfernt, um Platz für die Glimmstängel zu schaffen. Die Zigarettenpackungen hatten allesamt russische Steuerzeichen. Der polnische Fahrer hatte sämtliche Hohlräume des Autos ausgenutzt, in denen er insgesamt 64 000 Zigaretten verstecken konnte.

Der Steuerschaden beträgt mehr als 11 000 Euro. Gegen den Mann wurde ein Steuerstraßverfahren eingeleitet.

Teil II

In der vergangenen Woche überprüften Vollzugsbedienstete aus dem Sachgebiet E des Hauptzollamts München die Baustelle eines Einfamilienhauses in Germering nach § 2 Abs. 1 SchwarzArbG zur Verhinderung von Schwarzarbeit und illegaler Beschäftigung.

Auf der Baustelle trafen die Zollbediensteten sechs Männer beim Entladen eines Kleintransporters und zwei weitere beim Ausbau des Obergeschosses an.

Nach dem Ansprechen der Männer am Transporter entfernte sich eine Person fluchtartig durch die Büsche auf das Nachbargrundstück. Er wurde mehrfach zum Stehenbleiben aufgefordert und es wurde unmittelbarer Zwang angedroht.

Kurze Zeit später konnte er durch einen der Zollbediensteten festgehalten und zurück zur Baustelle gebracht werden. Es kam zu keinem weiteren Widerstand.

Bei der Feststellung der Personalien legte einer der Arbeitnehmer eine offensichtlich gefälschte estnische Identitätskarte vor. Es besteht der Verdacht der Urkundenfälschung. Der Mann erklärte, dass sich sein Pass beim Arbeitgeber befinden würde. Die anderen Bauarbeiter wiesen sich entweder durch Pässe eines osteuropäischen Landes aus oder sind Bürger der Europäischen Union. Die Osteuropäer waren allerdings nur im Besitz polnischer Visa, die sie zur Arbeitsaufnahme in Polen berechtigten. Hier besteht der Verdacht des unerlaubten Aufenthalts.

Alle Arbeitnehmer gaben an, für eine Münchener Baufirma zu arbeiten. Diese wurde nach der Kontrolle in Germering nach weiteren Beweisunterlagen durchsucht.

B. Aufgaben

Die nachfolgenden Aufgaben bzw. Fragen sind – sofern nichts anderes angegeben – ausführlich und in der angegebenen logischen Reihenfolge zu bearbeiten. Die Lösungen sind eingehend zu begründen.

Die Fundstellen aus den zugelassenen Hilfsmitteln, auf die sich die Darlegungen stützen, sind anzugeben.

Teil I

1. War die steuerliche Kontrolle vollumfassend rechtmäßig?

Hinweis: Gehen Sie bei der Lösung auf die getroffenen Maßnahmen ausführlich ein! Gehen Sie im Übrigen davon aus, dass beim Betrachten der Röntgenbilder noch kein Anfangsverdacht in strafrechtlicher Hinsicht besteht.

2. Waren die Bediensteten der Kontrolleinheit Verkehrswege (KEV) nach dem Auffinden der Zigaretten verpflichtet, weitere Maßnahmen zu treffen?

Hinweis: Gehen Sie davon aus, dass nach dem Auffinden der Zigaretten gegen den Fahrer der Anfangsverdacht auf eine Steuerhinterziehung nach § 370 Abs. 1 AO besteht!

Inhalt

Übungsaufgabe zur Vorbereitung auf die
Laufbahnprüfung des mittleren Zolldienstes
– Prüfungsgebiet Vollzugsrecht (VZR)

mit Lösung

F29

3. Lagen die sachlichen Voraussetzungen für die Sicherstellung der Zigaretten als Beweismittel und als Einziehungsgegenstände vor?

Teil II

1. Stellen Sie die Befugnis des Grundstücksbetretungsrechts und der Personalienüberprüfung auf der Baustelle des Einfamilienhauses einschließlich der damit im Zusammenhang stehenden Pflichten der Personen ausführlich und systematisch dar.

Hinweis: Auf die Aufgabe, die gesetzliche Zuständigkeit, das Verfahrensprinzip und die ermächtigungsbegrenzenden Vorschriften ist dabei nicht einzugehen.

2. Durfte die flüchtende Person durch den Zollbediensteten „festgehalten“ werden?

Hinweis: Gehen Sie davon aus, dass die rechtmäßige Dienstaussübung gegeben ist.

3. Was gilt hinsichtlich des Betretens des Nachbargrundstücks im Rahmen der Prüfung?

4. Waren die Bediensteten des Sachgebiets E zur Verfolgung der Straftat wegen des Verdachts des unerlaubten Aufenthalts nach § 95 Abs. 1 Nr. 2 AufenthG im Hinblick auf die Nicht-EU-Ausländer verpflichtet?

Lösung zur Übungsaufgabe

Teil I

Zu Nr. 1

Anlass

Ausgehend vom Sachverhalt (Pkw aus Polen; Kontrolle des Verkehrs aus Fahrtrichtung Osten) konnte angenommen werden, dass Waren über die Grenze des deutschen Verbrauchsteuererhebungsgebietes aus einem anderen Mitgliedstaat (hier: Polen) verbracht wurden.

Aufgabe

Die Beförderung von Waren über die Grenze des deutschen Verbrauchsteuererhebungsgebietes aus einem anderen Mitgliedstaat (Polen, Mitgliedstaat der EU gem. Art 4 Abs. 1 UZK; Hinweise auf grenzüberschreitenden drittlandsbezogenen Warenverkehr sind dem Sachverhalt vor dem Kontrollzeitpunkt nicht zu entnehmen) in das deutsche Verbrauchsteuererhebungsgebiet wird gem. § 1 Abs. 2 ZollVG zollamtlich überwacht. Die Überwachung hat zu sichern, dass die Verbrauchsteuern erhoben und die Verbrauchsteuervorschriften eingehalten werden. Darüber hinaus sichert die zollamtliche Überwachung die Einhaltung der Verbote und Beschränkungen beim Warenverkehr über die Grenze (§ 1 Abs. 3 ZollVG).

Zuständigkeit

Die zollamtliche Überwachung fällt in den Bereich des Besteuerungsverfahrens. Somit gelten die Grundsätze der AO (§ 1 Abs. 1 AO).

Das HZA ist eine Finanzbehörde (§ 6 Abs. 2 Nr. 5 AO). Als örtliche Behörde der Bundesfinanzverwaltung ist es für die zollamtliche Überwachung des Warenverkehrs über die Grenze sachlich zuständig (§ 16 AO i. V. m. §§ 1 Nr. 3, 12 Abs. 2 FVG).

Das HZA Dortmund ist örtlich zuständig, da sich der Sachverhalt in dessen Bezirk ereignet hat; zumindest ist von Gegenteiligem nicht auszugehen (§§ 17, 24 AO).

Handlungs-/Verfahrensprinzip

Das HZA Dortmund hat die Steuern gleichmäßig zu erheben und insbesondere darauf zu achten, dass keine Steuern verkürzt werden (Legalitätsprinzip; § 85 AO). Die Auswahl und Kontrolle des polnischen Pkw erfolgt nach pflichtgemäßem Ermessen (Opportunitätsprinzip; § 86 Satz 1 AO). Das HZA Dortmund ermittelt den Sachverhalt von Amts wegen und bestimmt Art und Umfang der Ermittlungen nach den Umständen des Einzelfalls (§ 88 Abs. 2 Satz 1 AO).

Aufgrund der Annahme eines möglichen grenzüberschreitenden Warenverkehrs (siehe oben Anlassbeschreibung) entschieden sich die Angehörigen der KEV als Bedienstete des HZA Dortmund, den Pkw zu kontrollieren.

Befugnis (Ermächtigungsgrundlage)

Laut Sachverhalt fand die steuerliche Kontrolle auf einem Verkehrsweg (BAB 2 bei Bielefeld) außerhalb des grenznahen Raumes (Umkehrschluss aus § 14 Abs. 1 ZollVG) statt.

Der Umstand, dass es sich um ein aus Polen kommendes Fahrzeug handelt (Fahrzeug mit polnischem Kennzeichen und offenkundig aus Richtung Osten kommend), stellt einen Grund zur Annahme dar, dass in dem Fahrzeug Waren mitgeführt werden konnten, die der zollamtlichen Überwachung unterlagen.

Aus diesem Grund und weil es sich bei der Überprüfung des Pkw wegen der typischen Dienstverrichtung einer mobilen Kontrolleinheit um eine örtlich und zeitlich begrenzte Kontrolle handelte, galten die Befugnisse des § 10 Abs. 1 ZollVG (§ 10 Abs. 2 ZollVG).

Somit waren die Zollbediensteten berechtigt, den polnischen Pkw als Beförderungsmittel auf der A 2 anzuhalten (§ 10 Abs. 1 Satz 1 ZollVG). Der Fahrer des Autos war als Führer des Beförderungsmittels verpflichtet zu halten (§ 10 Abs. 1 Satz 3 ZollVG). Zudem waren die Bediensteten der KEV berechtigt, den Pkw als Beförderungsmittel und das Gepäck zur Feststellung der Einhaltung der Zollvorschriften an Ort und Stelle oder an einem geeigneten Ort (lt. Artikel Beginn der Kontrolle an Ort und Stelle [Rastanlage Niedergassel] und danach Mitnahme zum Parkplatz mit der mobilen Röntgenanlage als geeigneten Ort) zu prüfen (§ 10 Abs. 1 Satz 5 ZollVG). Demnach konnte die Kontrolle auf der Rastanlage Niedergassel begonnen und an einem geeigneten Ort (hier mobile Röntgenanlage) fortgesetzt werden. Ob die Kontrolle bereits auf der Autobahn durch Hinzuführung auf den Rastplatz begonnen hat, ist dem Artikel nicht zu entnehmen.

Der Fahrer des Pkw war als von der Prüfung Betroffener verpflichtet, auf Verlangen die nach den Umständen erforderliche und zumutbare Hilfe zu leisten (§ 10 Abs. 1 Satz 6 ZollVG). Dazu gehört hier insbesondere das Fahren zur mobilen Röntgenanlage und das einfache Öffnen von Behältnissen und des Kofferraums. Das Abnehmen der Türinnenverkleidungen und der Ausbau des Rücksitzes gehören indes nicht mehr zur zumutbaren Hilfe und wurden daher durch die Zollbediensteten im Rahmen der Prüfung des Beförderungsmittels durchgeführt.

Ermächtigungsbegrenzende Vorschriften

Die mit der Zollkontrolle verbundenen Maßnahmen waren verhältnismäßig (§ 88 Abs. 2 Satz 1 AO), da möglich (tatsächlich möglich und rechtlich zulässig) und geeignet (für die Kontrolle zwecktauglich), erforderlich als mildeste Mittel (Mittel, die den Fahrer und die Allgemeinheit am wenigsten beeinträchtigten) und angemessen, da der zu erwartende Schaden (Zeitverlust) nicht erkennbar außer Verhältnis zum angestrebten Erfolg (Zollkontrolle zur Aufgabenerfüllung nach § 1 ZollVG) stand.

Sie waren als Verwaltungsakte (§ 118 AO) auch inhaltlich hinreichend bestimmt, da der Fahrer den Aufforderungen Folge geleistet hat – zumindest ist dem Artikel nichts Gegenteiliges zu entnehmen (§ 119 Abs. 1 AO).

Nach alledem war die in dem Artikel beschriebene steuerliche Kontrolle vollumfassend rechtmäßig.

Zu Nr. 2

Durch das Auffinden der Zigaretten besteht lt. Hinweis zur Fragestellung gegen den Fahrer der Verdacht, eine Steuerstraftat (§ 369 Abs. 1 Nr. 2 AO) in Form einer Steuerhinterziehung (§ 370 Abs. 1 AO) begangen zu haben.

Für das Strafverfahren bei Steuerstraftaten gilt insbesondere die StPO und für das Steuerstrafrecht das StGB, soweit die AO nichts anderes bestimmt (§§ 385 Abs. 1, 369 Abs. 2 AO).

Bei Verdacht einer Steuerstraftat ermittelt die Finanzbehörde (hier HZA Dortmund) den Sachverhalt (§ 386 Abs. 1 AO).

Das HZA Dortmund ist sachlich zuständige Finanzbehörde, weil es die betroffene Verbrauchsteuer (Tabaksteuer) verwaltet (§ 387 Abs. 1 AO i. V. m. § 12 Abs. 2 FVG).

Das HZA Dortmund ist auch örtlich zuständig, da die Straftat in dessen Bezirk entdeckt wurde (§ 388 Abs. 1 Nr. 1 AO).

Da es sich um eine ausschließliche Steuerstraftat handelt, da kein anderes Strafgesetz als die AO als Steuerstrafgesetz betroffen ist, ermittelt das HZA Dortmund den Sachverhalt selbstständig, d. h. es leitet das Ermittlungsverfahren (§ 386 Abs. 2 Nr. 1 AO).

In diesem Fall hat das HZA Dortmund dieselben Rechte und Pflichten wie die Staatsanwaltschaft im Ermittlungsverfahren (§ 399 Abs. 1 AO).

Als Bedienstete des HZA Dortmund waren die Vollzugsbediensteten der KEV damit in der Rechtsstellung der Staatsanwaltschaft verpflichtet, den Sachverhalt zu ermitteln und somit auch weitere Maßnahmen zu treffen (§ 152 Abs. 2, § 160 Abs. 1 StPO).

Sie waren demnach insbesondere nach dem Auffinden der Zigaretten verpflichtet, weitere Maßnahmen zu treffen.

Zu Nr. 3

Die Zigaretten sind Gegenstände, die für die Untersuchung von Bedeutung sein können, weil sie über Art und Umfang der Tat (Anzahl der Zigaretten als Bemessungsgrundlage für die Berechnung der Höhe der hinterzogenen TabSt) Auskunft geben. Sie sind daher gem. § 94 Abs. 1 StPO als Beweismittel sicherzustellen.

Außerdem können die Zigaretten durch Beschlagnahme nach § 111c Abs. 1 StPO sichergestellt werden, weil die Annahme begründet ist, dass die Voraussetzungen der Einziehung für die Zigaretten vorliegen (§ 111b Abs. 1 Satz 1 StPO).

Die Zigaretten könnten gem. § 74 Abs. 2 StGB i. V. m. § 375 Abs. 2 Nr. 1 AO als Tatobjekte eingezogen werden, da eine Steuerhinterziehung begangen worden ist und die Steuerhinterziehung sich auf die Zigaretten bezieht.

Die Einziehung wäre auch zulässig, sofern die Zigaretten dem Fahrer als Täter gehören, wovon mangels weitergehender Erkenntnisse auszugehen ist (§ 74 Abs. 3 Satz 1 und 2 StGB).

Teil II

Zu Nr. 1

Zur Durchführung der Prüfung nach § 2 Abs. 1 SchwarzArbG waren die Beamten des HZA München berechtigt, das Grundstück des Arbeitgebers oder Auftraggebers bzw. Grundstück eines Dritten, auf dem die Personen tätig waren, während der Arbeitszeit der dort tätigen Personen (Personen beim Entladen eines Kleintransporters und beim Ausbau des Obergeschosses angetroffen, somit Arbeitszeit) zu betreten (§ 3 Abs. 1 Satz 1 und Abs. 2 Satz 1 SchwarzArbG) und die Personalien der auf der Baustelle tätigen Personen zu überprüfen (§ 3 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 SchwarzArbG). Zu diesem Zweck durften sie die Personen anhalten (durch Herantreten und Aufforderung zum Unterbrechen der ausgeübten Tätigkeiten), nach den Personalien befragen und verlangen, dass mitgeführte Ausweispapiere ausgehändigt werden.

Da die Personen im Baugewerbe verpflichtet sind, u. a. den Pass oder Personalausweis mit sich zu führen (§ 2a Abs. 1 Nr. 1 SchwarzArbG), durften die Beamten auch konkret die Aushändigung der bestimmten Ausweispapiere verlangen. Im Falle des Nichtmitführens konnte auch die Vorlage (also die in angemessener Zeit nachträgliche Aushändigung) verlangt werden.

Die Arbeitnehmer und der Grundstücksinhaber haben die Prüfung zu dulden und dabei mitzuwirken, insbesondere haben sie ihre Tätigkeiten zu unterbrechen, Angaben zu Personalien zu machen, mitzuführende Ausweispapiere zur Prüfung auszuhändigen und das Betreten der Baustelle zu dulden (§ 5 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und 2 SchwarzArbG).

Die ausländischen Arbeitnehmer (unklar, offenkundig Osteuropäer), die bei der Prüfung angetroffen wurden, waren darüber hinaus verpflichtet, ihren Aufenthaltstitel, ihre Duldung oder ihre Aufenthaltsgestattung vorzulegen (§ 5 Abs. 3 Satz 1 SchwarzArbG).

Zu Nr. 2

Für das Verwaltungsverfahren gelten die Vorschriften der AO (§ 22 SchwarzArbG).

Die Aufforderung stehen zu bleiben, ist ein Verwaltungsakt nach § 118 AO, der ordnungsgemäß erlassen wurde und mangels anderslautender Hinweise im Sachverhalt inhaltlich hinreichend bestimmt war (§ 119 Abs. 1 AO). Dieser Verwaltungsakt wurde nicht befolgt.

Der Verwaltungsakt ist auf ein Dulden gerichtet (Durchführung der Prüfung) und konnte durch den Zollbediensteten als Angehöriger des HZA München vollstreckt werden (§ 249 Abs. 1 Satz 1 AO).

Da die Einlegung eines möglichen Rechtsbehelfs die Vollziehung nicht hemmt, konnte der Verwaltungsakt auch sofort vollstreckt werden (§§ 251 Abs. 1 Satz 1 i. V. m. 361 Abs. 1 Satz 1 AO).

Der auf ein Dulden gerichtete Verwaltungsakt konnte mit Zwangsmitteln (Zwangsgeld – § 329 AO, Ersatzvornahme – § 330 AO, unmittelbarer Zwang – § 331 AO) durchgesetzt werden (§ 328 Abs. 1 AO).

Es ist dasjenige Zwangsmittel auszuwählen, durch das der flüchtende Arbeitnehmer und die Allgemeinheit am wenigsten beeinträchtigt werden und es muss in einem angemessenen Verhältnis zum Zweck stehen (§ 328 Abs. 2 AO).

Zwangsgeld konnte in einer Kontrollsituation nicht zum Ziel führen (ist schriftlich durch HZA anzudrohen und festzusetzen und dauert in der Kontrollsituation zu lange) und Ersatzvornahme ist begrifflich nicht möglich (da keine vertretbare Handlung).

Somit war unmittelbarer Zwang nach § 331 AO zulässig.

Für die Anwendung des unmittelbaren Zwangs war gem. § 1 Abs. 1 UZwG nach den Vorschriften des UZwG zu verfahren, da der Bedienstete

- > als Vollzugsbediensteter des Sachgebiets E Vollzugsbeamter des Bundes ist (§ 6 Nr. 2 UZwG i. V. m. Abs. 1 und 7 Nr. 1 UZwVwV-BMF),

- > sich in rechtmäßiger Dienstaussübung befand (siehe Hinweis zur Frage 2 einschließlich dargestellter Voraussetzungen aus Bearbeitung zu Frage 1) und
- > die Anwendung des uZw zulässig war (siehe oben).

Das „Festhalten“ im Sinne des körperlichen Zugreifens (nicht rechtlich als freiheitsentziehende Maßnahme zu bewerten!) ist die Einwirkung auf die flüchtende Person durch körperliche Gewalt (§ 2 Abs. 1 und 2 UZwG) und war damit ein zulässiges Mittel des unmittelbaren Zwangs.

Das Festhalten war geeignetes und mögliches Mittel (steht tatsächlich zur Verfügung und ist rechtlich erlaubt), erforderliches (sog. mildestes) Mittel, das den Arbeitnehmer (und die Allgemeinheit) am wenigsten beeinträchtigt (§ 4 Abs. 1 UZwG) und es war angemessen, da der zu erwartende Schaden (leichter Schmerz an Arm und Schulter) nicht außer Verhältnis zum beabsichtigten Erfolg (Durchführung der Prüfung nach § 2 SchwarzArbG zur Bekämpfung der Schwarzarbeit und der illegalen Beschäftigung) steht (§ 4 Abs. 2 UZwG). Das Festhalten war daher auch verhältnismäßig.

Der unmittelbare Zwang wurde in der erforderlichen und zulässigen Weise angedroht (mündlich, § 1 Abs. 2 UZwG i. V. m. § 332 Abs. 1 AO).

Die flüchtende Person durfte somit „festgehalten“ werden.

Zu Nr. 3

Für das Betreten des Nachbargrundstücks im Rahmen der Prüfung nach § 2 SchwarzArbG gibt es keine Ermächtigungsgrundlage. Allerdings hat das rechtswidrige Betreten keine Auswirkung auf die gegenüber den Arbeitnehmern getroffenen Maßnahmen, da diese rechtmäßig auf dem zu prüfenden Baustellengrundstück getroffen wurden.

Zu Nr. 4

Laut Fragestellung zum Sachverhalt besteht hier der Verdacht des unerlaubten Aufenthalts nach § 95 Abs. 1 Nr. 2 AufenthG (unerlaubter Aufenthalt wegen Aufnahme einer Erwerbstätigkeit ohne Aufenthaltstitel).

Diese Straftat steht in einem unmittelbaren Zusammenhang mit der Prüfaufgabe aus § 2 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4a SchwarzArbG.

In diesem Fall haben die Behörden der Zollverwaltung, und somit auch die Bediensteten des HZA München, nach § 14 Abs. 1 Satz 1 SchwarzArbG bei der Verfolgung dieser Straftat die Rechte und Pflichten der Beamten des Polizeivollzugsdienstes nach den Vorschriften der Strafprozessordnung und sie sind gem. § 14 Abs. 1 Satz 2 SchwarzArbG insoweit Ermittlungspersonen der Staatsanwaltschaft.

In der Rechtsstellung der Polizeivollzugsbeamten waren sie gem. § 163 Abs. 1 Satz 1 StPO verpflichtet, die Straftat zu verfolgen und alle keinen Aufschub gestattenden Anordnungen zu treffen, um die Verdunkelung der Sache zu verhüten.



DIE Fachgewerkschaft
für die Zollverwaltung

1ohntsich

weil ...

-  **Rechtsschutz**
-  **Diensthauptpflichtversicherung**
-  **BDZ magazin**
-  **Seminare und Schulungen**
-  **Rabatte (z.B. Mobilverträge**

bei www.dbb-vorteilswelt.de)



www.bdz.eu

www.facebook.com/BDZ.eu

